

CORE

Treuhand Cotting

Cotting Revision

Fiduciaire Revicor

Spörri MAS Treuhand



CORE Newsletter #20

Juni 2016



Editorial

Sehr geehrte Kundinnen und Kunden Sehr geehrte Leserinnen und Leser

Während einigen Tagen im Januar dieses Jahres wurden in unseren Berner Büros keine Buchhaltungen geführt und keine Steuerformulare ausgefüllt.

Vielmehr wurden Kisten gepackt und Büromöbel mit Klebern versehen. Bestens vorbereitet ging es alsdann an den Umzug der drei bisherigen Standorte an die Eigerstrasse 60. Fast scheint es unglaublich, dass noch gleichentags oder zumindest am Tag nach dem grossen Umzug die Kundenarbeiten wieder aufgenommen werden konnten. Ein grosses Lob gebührt deshalb den Organisatoren und allen Mitarbeitenden für die reibungslose Abwicklung dieser logistischen Herausforderung!

Vereint unter einem Dach, bleibt die Spörri MAS Treuhand AG innerhalb der CORE-Gruppe auch weiterhin die Spezialistin für das Gesundheitswesen mit den Ihnen vertrauten Ansprechpersonen.

In letzter Zeit wird in den Medien vermehrt über Hackerangriffe informiert. Opfer von solchen Angriffen wurden beispielsweise mehrere Online-Shops von Migros und Coop, das Newsportal 20min.ch und die Ruag. Laut einem Artikel in der NZZ am Sonntag boomt die Cyberkriminalität. Auf Untergrund-Foren wird anscheinend von Kreditkarten, Bankkonten bis Hacker-Ausbildungen für wenig Geld alles angeboten. Zu den wichtigsten Infektionsquellen gehören E-Mail-Verkehr und Surfen im Internet. Wir alle benutzen diese Instrumente täglich. Obwohl kein 100% Schutz möglich ist, kann – zusätzlich zu den unabdingbaren technischen Sicherheitsvorkehrungen – die Sensibilisierung aller Anwender zur Risikominimierung beitragen.

In der vorliegenden Ausgabe unseres CORE Newsletters finden Sie wiederum interessante Fachbeiträge zu aktuellen Themen. Ganz besonders freut es uns aber, dass wir Herrn Dr. Beat Vonlanthen, Ständerat und Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Freiburg, für ein Interview gewinnen konnten.

Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Chers clientes et clients, Chers lectrices et lecteurs,

Durant quelques jours du mois de janvier passé, aucune comptabilité n'a été tenue, aucune déclaration d'impôts n'a été remplie dans nos bureaux de Berne.

L'heure était à la «mise en boîtes», et à l'étiquetage du mobilier. Au terme d'une excellente préparation, ce fut le tour du déménagement et du regroupement des trois sites préalables à l'Eigerstrasse 60. Incroyable mais vrai: le jour même du déménagement ou le lendemain, le travail au service de notre clientèle avait repris ses droits. Les organisateurs de l'opération ainsi que nos collaboratrices et nos collaborateurs méritent bien louanges et félicitations pour avoir surmonté sans encombre cet énorme défi logistique!

Réuni sous un toit, Spörri MAS Treuhand SA reste comme membre du Groupe CORE la spécialiste dans le secteur des soins de santé avec les mêmes personnes de confiance.

Ces derniers temps, les médias se font régulièrement l'écho d'actes de piratage informatique. Les magasins en ligne de Migros et de Coop, le portail d'information 20min.ch ainsi que Ruag, parmi d'autres, en ont été les victimes. Selon un article de l'hebdomadaire NZZ am Sonntag, la cybercriminalité bat son plein. Des forums clandestins proposent un peu de tout semble-t-il, et à peu de frais: cartes de crédit, comptes en banque, et même des instructions de piratage.

L'échange de mails et la navigation sur internet sont les principales sources d'infection. Nous utilisons tous ces instruments quotidiennement. Même s'il n'existe pas de protection à 100%, la sensibilisation des usagers peut contribuer à l'atténuation des risques – en plus des indispensables mesures techniques de protection.

Dans cette édition, vous trouverez comme toujours des articles spécialisés intéressants sur des sujets actuels. Par ailleurs, nous sommes particulièrement ravis que M. Beat Vonlanthen, Conseiller aux Etats et directeur de l'économie et de l'emploi du canton de Fribourg, ait eu l'obligeance de nous accorder une interview.

Nous vous souhaitons une très agréable lecture.



Monika Hasler Kunz
Partnerin, Dipl. Treuhandexpertin
Partenaire, Experte fiduciaire diplômée

Fachbeitrag

Begrenzung des Fahrkostenabzugs bei den Einkommenssteuern

Am 9. Februar 2014 nahm das Schweizer Stimmvolk die Vorlage zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) an. Mit diesem Paket stimmte es auch der **Fahrkostenbeschränkung** bei der direkten Bundessteuer zu, womit ein Teil der Finanzierung der Vorlage sichergestellt werden soll.

Die Fahrkostenbeschränkung besagt, dass unselbständig Erwerbende für die berufsbedingten Fahrkosten bei der direkten Bundessteuer ab dem 1. Januar 2016 maximal nur noch CHF 3 000.– vom steuerbaren Einkommen abziehen dürfen.

Dies soll zum einen die Steuerpflichtigen zur Zurücklegung des Arbeitsweges mit den öffentlichen Verkehrsmitteln motivieren und gleichzeitig durch den reduzierten Abzug vom steuerbaren Einkommen höhere Einnahmen generieren.



Isabelle Seiler

Lic.iur., dipl. Steuerexpertin
Lic.iur., experte fiscale dipl.

Diese Neuregelung mag hehre Ziele verfolgen. Es stört aber insbesondere die ungleiche Belastung der einzelnen Steuerpflichtigen. Es werden nämlich diejenigen Steuerpflichtigen «bestraft», welche bereit sind, für ihre Arbeitstätigkeit längere Distanzen an schlecht erschlossene Orte in Kauf zu nehmen. Bislang hatten diese Steuerpflichtigen den Vorteil, dass sie für den zeitlich und kostenmässig aufwändigen Arbeitsweg immerhin mit dem «Steuervorteil» des hohen Fahrkostenabzuges belohnt wurden.

Aufgrund der neuen Regelung wird der steuerwirksame Abzug gleich hoch sein wie bei Steuerpflichtigen, die einen wesentlich kürzeren Arbeitsweg zurücklegen müssen. Nebst der folglich ungleichen Behandlung der einzelnen Steuerpflichtigen wird zudem gegen das in der Verfassung verankerte Recht der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verstossen.

Beispiel 1

Veranschaulichung der ungleichen Behandlung

Steuerpflichtiger	Herr Anton	Herr Bellini
Arbeitsweg pro Weg (2x täglich)	10 km	50 km
Effektive Kosten (0.70 Rp, 220 Tage)	CHF 3 080	CHF 15 400
Fahrkostenabzug	CHF 3 000	CHF 3 000
Steuerlicher Nachteil (Steuersatz 30%)		CHF 3 720

Diese neuen Vorschriften betreffen nicht nur die unselbständig Erwerbenden, die ihr eigenes Auto für den Arbeitsweg benützen oder ihr Generalabonnement resp. Streckenabonnement selber bezahlen, sondern auch sämtliche Erwerbstätigen, die von ihrem Arbeitgeber ein Geschäftsfahrzeug zur Verfügung gestellt erhalten. Bei gegebenen Voraussetzungen werden nun Besitzern von Geschäftsfahrzeugen die Kosten für den Weg zwischen Wohn- und Arbeitsort zusätzlich zu dem im Lohnausweis bereits ausgewiesenen Privatanteil für die private Benützung des Geschäftsfahrzeugs in der Steuerveranlagung hinzugerechnet.

Beispiel 2

Geschäftsfahrzeug

Herr Celli ist Angestellter bei der Delta AG und verfügt über ein Geschäftsfahrzeug, das CHF 50 000.– gekostet hat. Der Privatanteil von 9,6 % beträgt CHF 4 800.–.

Bisher wurde ihm dafür der Privatanteil von CHF 4 800.– im Lohnausweis aufgerechnet. Damit wurden sowohl die privaten Fahrten, als auch der Arbeitsweg abgegolten. Im Gegenzug durfte er keinen Abzug mehr für Fahrkosten in seiner Steuererklärung vornehmen.

Neu muss Herr Celli – zusätzlich zur Aufrechnung des Privatanteils im Lohnausweis – in der privaten Steuererklärung aufzeigen, dass die effektiv gefahrenen Kilometer für den Arbeitsweg den maximalen Abzug von CHF 3 000.– nicht überschreiten. Ein allfällig überschüssender Teil wird zusätzlich zum steuerbaren Einkommen hinzugerechnet.

Daraus folgt, dass ein Arbeitnehmer mit Geschäftsfahrzeug ab 2016 je nach Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort mit einer namhaften Erhöhung seines steuerbaren Einkommens aufgrund der Benützung eines Geschäftsautos rechnen muss.

Beispiel 3

Veranschaulichung der zu erwartenden Mehrbelastung

Das Ehepaar Celli wohnt in Bern. Herr Celli hat einen Arbeitsweg von 52 km, den er mit dem Geschäftsfahrzeug zurücklegt. Frau Celli hat einen Arbeitsweg von 35 km, für welchen sie das Privatfahrzeug benutzt. Die Kosten dafür betragen CHF 10 780.– (220 Arbeitstage, 70 Rappen pro km).

Steuerperiode 2016	Bund	Kanton Bern
Steuerbares Einkommen (vor Begrenzung und inkl. Aufrechnung Privatanteil von CHF 4800.–)	155 000	144 000
Steuerbelastung	6 712	29 542
Arbeitsweg Mann (Aufrechnung der Kosten des Arbeitswegs, da Geschäftsfahrzeug)	+ 22 880	+ 22 880
Fahrkostenabzug (begrenzt)	- 3 000	- 6 700
Arbeitsweg Frau (rein rechnerisch, Aufrechnung erfolgt nicht effektiv, da Privatfahrzeug)	+ 10 780	+ 10 780
Fahrkostenabzug (begrenzt)	- 3 000	- 6 700
Steuerbares Einkommen neu	182 660	164 260
Steuerbelastung neu	10 300	35 371
Mehrbelastung	3 588	5 829
Mehrbelastung total		9 417

Dem Ergebnis dieser Darstellung kann entnommen werden, dass nebst der Aufrechnung des schon in der Vergangenheit üblichen Privatanteils, welcher auch für den sozialversicherungsrechtlichen Lohn massgeblich ist, bei Geschäftsfahrzeugen eine zusätz-

liche Korrektur erfolgt, welche nur steuerlich zum Tragen kommt. Die oben dargestellte Korrektur bei der Frau muss nicht explizit deklariert werden, da es sich um ein Privatfahrzeug handelt. Die Aufrechnung in diesem Beispiel erfolgte lediglich, um die effektive Mehrbelastung gegenüber der früheren Regelung darzustellen.

Von dieser Regelung ausgenommen sind sämtliche selbständig Erwerbenden und Bahnbenützer, welche ihr GA durch den Arbeitgeber bezahlt erhalten. Hier werden die Privatanteile wie bisher berücksichtigt. Eine Korrektur der Kosten für den Arbeitsweg erfolgt nicht. Dies stellt eine weitere Ungleichbehandlung der Steuerpflichtigen dar.

Die Einführung der Begrenzung eines Fahrkostenabzuges steht den Kantonen frei. Der Grosse Rat des Kantons Bern hat zwar einer Begrenzung zugestimmt, diese aber immerhin von CHF 3 000.– auf CHF 6 700.– erhöht. Der Kanton Freiburg hat bis jetzt noch keine Fahrkostenbeschränkung beschlossen. Damit bleiben bis auf weiteres auf kantonaler Ebene sämtliche Fahrkosten abziehbar.

Basierend auf den derzeit publizierten Regelungen, gibt es aufgrund der für steuerliche Zwecke geltenden Fahrkostenbeschränkung bezüglich Quellensteuern, Mehrwertsteuern sowie Sozialversicherungen (noch) keine Anpassungen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass trotz des nachvollziehbaren Zwecks, die Einführung der Fahrkostenbeschränkung einen schalen Nachgeschmack hinterlässt. Abgesehen von der zum Teil im Einzelfall deutlich höheren Steuerbelastung und den administrativen Umtrieben, stört insbesondere die ungleiche Behandlung der Steuerpflichtigen. Ausserdem werden gerade diejenigen abgestraft, welche schon aufgrund ihres langen Arbeitsweges erhebliche Nachteile in Kauf nehmen.

Article spécialisé

Limitation de la déduction des frais de transport de l'impôt sur le revenu

Le 9 février 2014, le souverain a approuvé le projet d'extension de l'infrastructure ferroviaire (FAIF). En adoptant ce train de mesures, il a également approuvé la limitation des frais de transport pour l'impôt fédéral direct, afin de garantir un financement partiel du projet.

La limitation de la déduction fiscale des frais de transport prévoit que les salariés ne peuvent plus déduire que CHF 3 000.– au maximum des frais correspondants sur leur revenu imposable au titre de

l'impôt fédéral direct à partir du 1^{er} janvier 2016. Cette mesure a pour but d'encourager les contribuables à utiliser les transports publics pour se rendre au travail d'une part, et de générer des recettes fiscales supérieures en réduisant la déduction possible d'autre part. Les cantons sont libres d'instaurer ou non une limitation correspondante de la déductibilité au niveau cantonal. Le canton de Berne a opté pour une limitation des frais déductibles à CHF 6 700.-. Le canton de Fribourg ne prévoit aucune limitation à cet égard pour l'instant.

Ces nouvelles prescriptions ne concernent pas uniquement les salariés qui utilisent leur véhicule personnel pour se rendre au travail ou paient eux-mêmes leur abonnement de train, mais également l'ensemble des actifs qui disposent d'un véhicule de fonction fourni par l'entreprise. Selon les circonstances, les bénéficiaires de véhicules de fonction se verront ajouter les frais de déplacement entre le lieu de résidence et le lieu de travail dans la déclaration d'impôts, en plus de la part personnelle déjà consignée dans la

feuille de salaire pour l'utilisation du véhicule de fonction à titre privé. L'ensemble des travailleurs indépendants et les usagers des chemins de fer qui reçoivent leur AG de l'employeur ne sont pas concernés par cette disposition. La part privée est ici prise en compte comme jusqu'à présent; aucune correction n'a lieu pour les trajets professionnels.

Cette nouvelle disposition a ceci de gênant qu'elle débouche sur une inégalité de traitement entre les contribuables. Ceux qui sont disposés à prendre sur eux un trajet plus long pour se rendre au travail en vivant dans des localités moins bien desservies sont « pénalisés ». Jusqu'à présent, ces contribuables bénéficiaient au moins d'un « avantage fiscal » leur permettant aussi de déduire des frais supérieurs eu égard à la durée des trajets et aux coûts supérieurs supportés. Par suite de la nouvelle disposition, la déductibilité fiscale sera la même que celle dont bénéficient les contribuables effectuant un trajet professionnel nettement plus court.

Fachbeitrag

Vorsorgeauftrag

Wer wegen Altersschwäche, schwerer Erkrankung oder infolge eines Unfalles nicht mehr selber für sich sorgen kann und urteilsunfähig wird, ist auf die Hilfe Dritter angewiesen. Es ist von Vorteil, wenn man diese Fragen vorsorglich regelt und so sicherstellt, dass der eigene Wille respektiert wird.

Diese Art der Selbstbestimmung wird mit dem neuen Erwachsenenschutzrecht seit dem 1.1.2013 im ZGB Art. 360ff geregelt. So kann im Voraus festgelegt werden, wer im Falle einer Urteilsunfähigkeit die eigenen Interessen wahrnehmen soll. Dazu stehen in erster Linie zwei Mittel zur Verfügung: Der **Vorsorgeauftrag** und die **Patientenverfügung**.

Während die Patientenverfügung auf medizinische Fragen eingeht, werden im Vorsorgeauftrag administrative oder finanzielle Belange geregelt.

Ohne Vorsorgeauftrag können nur Ehegatten und eingetragene Partner den urteilsunfähig gewordenen Partner in alltäglichen finanziellen Angelegenheiten vertreten. Deshalb ist ein Vorsorgeauftrag gerade für Paare im Konkubinat oder für Alleinstehende wichtig, die später bei allfälliger Urteilsunfähigkeit nicht einen staatlich bestellten Beistand erhalten wollen.

Es ist ratsam, vorher zu klären, ob die zu beauftragende Person überhaupt gewillt ist, den Vorsorgeauftrag dann auch wirklich auszuführen. Der Vorsorgeauftrag sollte mit dieser Person auch

inhaltlich besprochen werden. Bei der beauftragten Person kann es sich um natürliche Personen (Familienmitglieder, Nahestehende, Bekannte etc.) oder um juristische Personen (Treuhänder, Juristen, Notare etc.) handeln.



Markus Jungo
Partner, Dipl. Wirtschaftsprüfer
Partenaire, Expert-comptable dipl.

Damit ein Vorsorgeauftrag überhaupt gültig ist, muss er von Hand geschrieben und unterzeichnet oder notariell beurkundet werden. Die Aufgaben, die der beauftragten Person übertragen werden sollen, müssen klar umschrieben sein. Es können auch Einzelaufgaben übertragen werden und Weisungen für die Umsetzung der Aufträge erteilt werden. Die möglichen zu delegierenden Aufgaben können wie folgt gegliedert werden:

- > Vermögenssorge: Verwaltung des Einkommens und Vermögens, Abwicklung des Zahlungsverkehrs etc.
- > Personensorge: Entscheidungen rund um Privatangelegenheiten und Gesundheit
- > Vertretung im Rechtsverkehr: Sämtliche Rechtshandlungen sowie Abschluss der dafür nötigen Verträge.

Im Vorsorgeauftrag sollte auch die Entschädigung für die auszuführenden Handlungen geregelt werden. Der Vorsorgeauftrag kann jederzeit abgeändert oder widerrufen werden. Er wird ohnehin erst wirksam, falls und wenn die Auftrag gebende Person urteilsunfähig geworden ist.

Jeder Vorsorgeauftraggeber kann frei wählen, wo er den Vorsorgeauftrag aufbewahrt. Dem Beauftragten sollte zumindest eine Kopie übergeben werden. Zusätzlich empfiehlt es sich, dem Zivilstandsamt mitzuteilen, dass ein Vorsorgeauftrag erstellt wurde und wo dessen Hinterlegungsort ist. Darüber wird von dieser Behörde ein Register geführt.

Gerne beraten wir Sie in diesen Fragen.

Article spécialisé

Le mandat pour cause d'incapacité

Quiconque, par suite de sénilité, de maladie grave ou d'accident, n'est plus à même de se prendre en charge ou devient incapable de discernement, requiert l'aide de tiers. Il vaut la peine de régler la question à titre préalable et de garantir ainsi que la volonté personnelle soit respectée.

Ce type d'autodétermination est régi par la nouvelle législation sur la protection de l'adulte depuis le 01.01.2013 dans l'art. 360ss CC. Il est ainsi possible de déterminer par anticipation qui doit représenter les intérêts de la personne affectée par l'incapacité de discernement. Deux moyens sont disponibles à cette fin: le **mandat pour cause d'incapacité** et les **directives anticipées**.

Tandis que les directives anticipées portent sur des questions d'ordre médical, le mandat pour cause d'incapacité règle les questions administratives et financières. En l'absence d'un mandat pour cause d'incapacité, seul le conjoint ou le partenaire enregistré peut remplacer le patient incapable de discernement pour les questions financières quotidiennes. C'est pourquoi un mandat pour cause d'incapacité est important pour les couples vivant en concubinage ou pour les personnes seules qui ne souhaitent pas se voir attribuer de curatelle par l'Etat dans l'éventualité d'une incapacité de discernement future.

Il est conseillé de vérifier au préalable si la personne mandatée est effectivement disposée à exécuter le mandat en question. Il convient également d'aborder avec cette personne la teneur même du mandat pour cause d'incapacité. La personne mandatée peut être une personne physique (membre de la famille, proche, connaissance, etc.) ou une personne morale (fiduciaire, juriste, notaire, etc.). Pour être valide, le mandat pour cause d'incapacité doit être constitué en la forme olographe, et signé, ou en la forme

authentique. Les tâches devant être confiées à la personne mandatée doivent être clairement formulées. Il est également possible d'attribuer des tâches individuelles ou de donner des instructions relatives à l'exécution des tâches.

Voici les principales catégories de tâches pouvant être déléguées:

- > Gestion de patrimoine: administration du revenu et de la fortune, opérations relatives au trafic des paiements, etc.
- > Assistance personnelle: décisions ayant trait aux affaires privées et à la santé.
- > Représentation dans les rapports juridiques: tout acte juridique et la conclusion des contrats requis à cette fin.

Le mandat pour cause d'incapacité doit aussi régler la rémunération pour l'exécution des actes requis et peut s'amender et se révoquer à tout moment. Dans tous les cas, il prend seulement effet si et quand la personne conférant le mandat devient incapable de discernement. La personne conférant le mandat peut librement décider de l'endroit où elle conserve le mandat pour cause d'incapacité. Une copie au moins doit être remise au mandataire. Il est par ailleurs recommandé d'informer l'état civil qu'un mandat pour cause d'incapacité a été établi, et du lieu de son dépôt. L'autorité en question tient un registre des mandats.

N'hésitez pas à nous consulter pour toute question en la matière.

Fachbeitrag

Eigene Aktien im neuen Rechnungslegungsrecht

Mit der Einführung des neuen Rechnungslegungsrechts, welches erstmals zwingend für die Jahresrechnungen 2015 anzuwenden ist, wurde eine wesentliche Änderung hinsichtlich Darstellung eigener Aktien eingeführt. Diese Änderung führt zu verschiedenen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Darstellungsfragen, welche wir nachfolgend aufzeigen möchten.

Bisherige Bilanzierung

Bisher wurden die eigenen Aktien als Aktivum bilanziert und demgegenüber im Eigenkapital eine gesonderte Reserve für eigene Aktien ausgedehnt.

Neue Bilanzierung

Neu sind die eigenen Aktien gemäss Art. 959 a Abs. 2 Ziff. 3 Bst. e OR als Minusposten im Eigenkapital zu bilanzieren. Diese Bilanzierungspraxis stellt eine Angleichung an die entsprechenden Bestimmungen anerkannter Regelwerke dar. Mit dieser Praxis wird eine transparentere Darstellung des wirtschaftlichen Sachverhalts erreicht, indem die «Rückzahlung» an die Eigenkapitalgeber und somit die entsprechende Reduktion des Eigenkapitals abgebildet wird. Mit dem Ausweis als Minusposten wird bewirkt, dass Eigenkapital im Umfang des Anschaffungswerts der eigenen Aktien bis zu deren Wiederveräusserung weder für Ausschüttungen (Begriff der «Ausschüttungssperre») noch als Haftungssubstrat für die Gläubiger verfügbar ist. Dieser Minusposten ersetzt die bisherige Anforderung zur Bildung einer Reserve für eigene Aktien, was für direkt gehaltene eigene Aktien auch sachgerecht ist.

Bewertung

Die Bewertung erfolgt zum Anschaffungswert. Im Anschluss an die erstmalige Erfassung findet keine Wertanpassung (Folgebewertung) statt. Die Position verändert sich somit nur durch Zugänge, Veräusserung oder Vernichtung eigener Aktien. Wird nicht der gesamte Bestand veräussert, ist zur Ermittlung des Anschaffungswertes ein systematisches Verfahren zu wählen (z.B. individuelle Ermittlung, gewichteter Durchschnitt, Fifo- oder Lifo oder ähnliche Verfahren).

Betreffend die Behandlung von Wertdifferenzen zwischen Anschaffungswert und Verkauf gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen. Es ist sowohl eine **erfolgsneutrale**, wie auch eine **erfolgswirksame** Verbuchung möglich.

Bei der erfolgsneutralen Verbuchung wird der Analogie zum Agio folgend der Mehr- oder Mindererlös direkt dem Eigenkapital – freiwillige Gewinnreserve oder gesetzliche Kapitalreserve – gutgeschrieben bzw. belastet. Wichtig ist, dass die gewählte Methode als Grundsatz der Rechnungslegung stetig anzuwenden und gegebenenfalls im Anhang offenzulegen ist.

Steuerliche Betrachtung

Eine der wesentlichen Rahmenbedingungen bei der Einführung des neuen Rechnungslegungsrechts ist die Steuerneutralität. Gemäss der Schweizerischen Steuerkonferenz ändert sich die bisherige steuerrechtliche Praxis nicht. Bezogen auf den vorliegenden Sachverhalt ist folgendes zu beachten:

- > Während der Haltedauer ergibt sich eine steuerliche Korrektur. D.h. unrealisierte Wertverluste können in der Steuerbilanz gewinnsteuerwirksam geltend gemacht werden. Wertgewinne sind bis zu den Anschaffungskosten demgegenüber als Gewinn steuerbar.
- > Effektive Gewinne bzw. Verluste sind steuerwirksam.

Seit der Einführung des Kapitaleinlageprinzips per 1. Januar 2011 bestand die Möglichkeit, die handelsrechtlich erforderliche Reserve für eigene Aktien aus Kapitaleinlagereserven – sofern vorhanden – zu bilden, was zur Folge hatte, dass sich bei Vernichtung von Aktien oder bei Fristablauf bei Art. 4a des Verrechnungssteuergesetzes weder Einkommens- noch Verrechnungssteuerfolgen ergeben.



Peter Schütz

Teamleiter-Stv., Diplomierter Wirtschaftsprüfer
 Chef d'équipe adjoint, Expert-comptable diplômé

Diese Möglichkeit wird weitergeführt. Damit der Ausweis sowohl in handels- wie auch steuerrechtlicher Hinsicht den jeweiligen Ansprüchen genügt, hat der Berufsverband EXPERTSuisse zusammen mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung die folgende Ausweismöglichkeit erarbeitet:

Im nachfolgenden Beispiel wird der gesamte Betrag der Kapitaleinlagereserven den eigenen Kapitalanteilen zugewiesen.

Eigenkapital	
Aktienkapital	100
Gesetzliche Gewinnreserve (Allg. Reserve)	150
Gesetzliche Kapitalreserve (z.B. Agio)	1 000
Reserven aus Kapitaleinlagen	200
Übrige Kapitalreserven	800
Freiwillige Gewinnreserve	50
Eigene Aktien	- 250
Gegen Reserve aus Kapitaleinlage	- 200
Übrige	- 50
Total Eigenkapital	1050

Gerne stehen wir Ihnen für entsprechende Fragen und Beratungen sowohl für die handelsrechtlichen wie auch die steuerlichen Aspekte zur Verfügung.

Article spécialisé

Propres actions dans la nouvelle législation sur la présentation des comptes

L'instauration de la nouvelle législation sur la présentation des comptes, obligatoirement applicable pour la première fois aux comptes de l'exercice 2015, entraîne une modification notable de la présentation des propres actions. Cette modification a diverses implications commerciales et fiscales relatives à la présentation que nous aimerions exposer ci-après.

Comptabilisation au bilan jusqu'à présent

Jusqu'à présent, les propres actions étaient comptabilisées à l'actif, et, en contrepartie, une réserve spéciale pour propres actions était individualisée dans les fonds propres.

Nouvelle comptabilisation au bilan

Désormais, les propres parts du capital doivent se comptabiliser au bilan en diminution des capitaux propres conformément à l'art. 959 a al. 2 ch. 3 let. e CO. Ce mode de comptabilisation au bilan s'applique par analogie avec les dispositions correspondantes de réglementations reconnues.

Il se traduit par une présentation plus transparente des faits économiques, dans la mesure où il reflète le «remboursement» aux bailleurs de fonds propres et, de la sorte, la réduction des fonds propres. La présentation en valeur brute reste prise en compte, le capital-actions est comptabilisé au bilan sans réduction et les propres actions restent comptabilisées en diminution des capitaux propres à hauteur de la valeur d'acquisition jusqu'à leur aliénéation ou cancellation.

Evaluation

L'évaluation s'effectue à la valeur d'acquisition. Aucun ajustement de valeur (évaluation subséquente) n'a lieu après la première évaluation. La position change donc uniquement en cas d'ajout, d'aliénéation ou de cancellation de propres actions.

Si la totalité de l'effectif n'est pas aliénée, le calcul de la valeur d'acquisition doit reposer sur une procédure systématique (p.ex.: calcul individuel, moyenne pondérée, PEPS ou DEPS, ou autres procédures analogues).

Aucune disposition légale ne régit le traitement des différences de valeur entre le valeur d'acquisition et le valeur d'aliénéation. Celui-ci peut s'effectuer indifféremment **avec effet** ou **sans effet** sur le résultat.

Considération fiscale

La neutralité fiscale est une des composantes-cadres essentielles dans les nouvelles dispositions légales sur la présentation des comptes. Selon la Conférence suisse des impôts, la pratique fiscale actuelle ne connaît pas de changement. Pour ce qui concerne le cas présent, il faut savoir ceci:

- > Une correction fiscale s'opère pendant la durée de portage. C'est-à-dire que les pertes de valeur peuvent se faire valoir avec effet fiscal sur le bénéfice dans le bilan fiscal. En contrepartie, les gains de valeur sont imposables au titre de bénéfice jusqu'au coût d'acquisition.
- > Les bénéfices effectifs et les pertes effectives produisent un effet fiscal.

Nous demeurons à votre disposition pour toute question ou conseil d'ordre commercial comme fiscal.

Interview

Dr. Beat Vonlanthen

Rinaldo Jendly: Was sind die Herausforderungen des momentanen Doppelmandates «Staatsrat» und «Ständerat»?

Beat Vonlanthen: Die Herausforderung ist vor allem zeitlicher Natur. Terminkonflikte müssen geregelt werden. Das Doppelmandat lässt sich gut «managen». Es gibt auch Synergien. So konnte ich beispielsweise bei der Diskussion der Energiestrategie 2050 aus dem Vollen schöpfen, da ich als Präsident der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren dieses Dossier seit Jahren eng begleitet hatte. Die Doppelbelastung ist aber zeitlich beschränkt und wird Ende Jahr aufhören.

Rinaldo Jendly: Was sind Ihre Ziele im Ständerat? Welche Vorlagen werden Sie besonders interessieren und verfolgen?

Beat Vonlanthen: Als Ständerat des zweisprachigen Brückenkantons Freiburg will ich vor allem für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen, die die Schweiz und namentlich Freiburg vorwärts bringen. Im Zentrum liegen dabei wirtschaftspolitische Themen wie die Unternehmenssteuerreform III (USR III). Aber auch die Europafrage muss bald und zukunftsgerichtet gelöst werden.

Markus Jungo: Comment voyez-vous l'avenir du canton de Fribourg dans son rôle de canton-pont entre la partie francophone et alémanique de la Suisse?

Beat Vonlanthen: Notre situation géographique et notre histoire nous ont conféré ce rôle de canton-pont qui est une force et une responsabilité. Notre bilinguisme est à cet égard un atout très important que nous voulons développer. Je l'ai promu par exemple en envoyant des signaux forts comme lorsque j'ai obtenu que le panneau de la gare Fribourg-Freiburg soit bilingue. De même, comme co-président de la Région capitale suisse, j'ai pu valoriser le rôle de canton-pont de Fribourg. Le transfert de la station de recherche agricole Agroscope de Liebefeld à Posieux en est un exemple. Mais nous voulons également passer du bilinguisme au trilinguisme (français, allemand, anglais), et d'ailleurs la presque totalité de nos Hautes écoles proposent des programmes trilingues. Fribourg veut ainsi étendre son rôle de canton-pont à l'extérieur des frontières nationales également.

Markus Jungo: La charge fiscale des personnes physiques est lourde dans le canton de Fribourg. Pourquoi le canton ne réussit pas à baisser les impôts au vu des bons résultats financiers? Pour le développement économique d'un canton ce n'est pas seulement la charge fiscale des personnes morales, mais aussi celle des personnes physiques qui est déterminante.

Beat Vonlanthen: Nous avons toujours voulu une politique financière prudente pour avoir des comptes équilibrés. En 2013, le canton de Fribourg a affiché un déficit de CHF 900 000.–, pour la première fois en douze ans. Cela nous a incité à la prudence. Pour l'instant, et compte tenu des difficultés économiques que traverse aussi notre pays, nous avons choisi d'abaisser la fiscalité sur le bénéfice des entreprises avec un taux unique de 13,72%. L'introduction de ce taux est conditionnée à l'entrée en vigueur de la RIE III.

Nous voulons ainsi permettre à notre économie d'être plus compétitive, ce qui veut dire davantage de richesse et d'emploi pour les personnes physiques aussi. L'instauration de ce taux unique est une mesure primordiale et incontournable pour que le canton de Fribourg reste attractif pour les entreprises. Bien-sûr, des mesures sont aussi nécessaires concernant les personnes physiques. Mais nous ne pouvons pas tout réaliser en même temps.

Rinaldo Jendly: Die Vermögenssteuer im Kanton Freiburg ist besonders hinsichtlich der Steuerwerte der Gesellschaften sehr demotivierend. Ein Steuersatz von nahezu 0,7% auf dem Vermögen ist ein Problem für viele KMU Besitzer. Wieso hat der Kanton Freiburg hier nie etwas unternommen?

Beat Vonlanthen: Das ist eine wichtige Feststellung, die ich nicht abstreite. Im Vermögenssteuerbereich haben wir ein grosses Verbesserungspotential. Wenn wir auch für vermögende Steuerzahler attraktiv sein wollen, dann müssen wir in diesem Bereich Fortschritte machen. Der Staatsrat in neuer Zusammensetzung wird diesen Aspekt im Rahmen der Legislaturplanung 2017 bis 2021 sicher prüfen müssen.

Rinaldo Jendly: Das grosse und wichtige Projekt BlueFactory ist ein bisschen Ihr Kind. Wie beurteilen Sie die Situation bei BlueFactory AG? Ist man auf Kurs? Ist die Vermischung in der Führung eines solchen Projektes von Politik und Wirtschaft effizient?

Beat Vonlanthen: Die blueFACTORY ist ein fantastisches Instrument für die kantonale Wirtschaftsentwicklung. Das Projekt ist komplex und gut auf Kurs. Bereits heute, 4 Jahre nach dem Kauf des Geländes, arbeiten dort fast drei Mal mehr Leute als bei der Schliessung der Cardinalbrauerei (200 Personen heute gegen 70 beim Verkauf). Geplant sind 2500 Arbeitsplätze und ein Vorzeigemodell eines CO2-neutralen Innovationsquartiers.

Die blueFACTORY hat uns auch die Türe zur EPFL geöffnet. Die Freiburger Antenne der EPFL und die aktive Zusammenarbeit mit unserer Universität und den Fachhochschulen wird uns die Tore zur Welt weiter öffnen.

Markus Jungo: Vous êtes Conseiller d'Etat dans le canton de Fribourg depuis 2004. Quelles sont vos réussites qui vous rendent le plus fier? Quels défis politiques n'ont pas encore trouvé de solution?

Beat Vonlanthen: Le travail d'un Conseiller d'Etat est en réalité le travail collectif de tous les membres du Conseil d'Etat. Dans mon rôle de Directeur de l'économie et de l'emploi, j'ai pu initier quelques développements intéressants et soutenir leur concrétisation avec l'aide de mes collègues. Dans ce contexte j'aimerais mentionner notamment:

- > La réalisation du fantastique Pont de la Poya.
- > L'implantation de nouvelles entreprises comme Nespresso à Romont et l'aide à la réalisation de projets de développements importants comme avec Liebherr, UCB Farchim ou Comet.
- > Le lancement du projet blueFACTORY et de ses plateformes technologiques, et plus généralement la mise en place d'une véritable culture de l'innovation dans notre canton.
- > La réalisation de la stratégie énergétique fribourgeoise pour une «Société à 4000 Watts en 2030».
- > Le lancement d'une campagne OFF très originale puisqu'il s'agissait de faire chuter la consommation électrique malgré la croissance démographique, ce que nous avons réussi.
- > La réalisation d'une «Vision 2030» du tourisme doux.
- > L'introduction de la Loi sur les Hautes Ecoles de Suisse Occidentale pour Fribourg (LHES-SO//FR) dont l'une des vertus est de dynamiser la recherche et l'innovation.
- > La création de Fribourgissima Image Fribourg, qui permet de renforcer l'image d'un canton de Fribourg moderne et dynamique.
- > La création et le lancement de l'IDeal Index, qui est un nouvel indice intégrant des critères qualitatifs pour mieux traduire la réalité des régions. Cet indice a d'ailleurs déjà été adopté par l'Assemblée des régions d'Europe, dont le canton de Fribourg fait partie, et est actuellement utilisé en France, Belgique, Autriche, Finlande, Angleterre ou Suède notamment.

S'agissant des défis, nous cherchons toujours à améliorer nos conditions-cadres et à faire face aux difficultés nouvelles qui surgissent du fait de l'instabilité de l'économie mondiale. Nous portons aussi une attention toute particulière au défi démographique qui nous concerne au premier chef. En effet, nous sommes à la fois le canton le plus jeune de Suisse et celui qui a affiché l'une des plus fortes croissances démographiques du pays ces dernières années. Nous avons ainsi franchi la barre des 300 000 habitants en 2014, et la Confédération prédit que nous franchiront le cap des 400 000 habitants en 2035.

Rinaldo Jendly: Wie beurteilen Sie die Fragen rund um die Fusionen von Gemeinden im Kanton Freiburg? Braucht es noch mehr Fusionen?

Beat Vonlanthen: Idealerweise ja. Aber man darf nichts forcieren. Für eine gelungene Fusion gilt dasselbe wie für eine Heirat. Beide Seiten müssen den Wunsch haben, sich zu vereinen. Ich glaube aber, dass weitere Gemeindefusionen in unserem Kanton grundsätzlich möglich und wünschenswert sind. Namentlich das Kantonszentrum und die Stadt Freiburg muss rasch fusioniert werden.

Ich glaube, dass weitere Gemeindefusionen in unserem Kanton grundsätzlich möglich und wünschenswert sind.

Im Sensebezirk ist der Handlungsdruck deutlich weniger gross, weil in diesem Bezirk die Gemeinden schon eine gewisse Grösse haben. Trotzdem meine ich, dass gerade im Mittelland die fünf Gemeinden den Mut haben sollten, sich zu einer einzigen Gemeinde zusammenzuschliessen. Der Kanton Glarus dient uns diesbezüglich als sehr gutes Beispiel.



Dr. Beat Vonlanthen

Ständerat und Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Freiburg
Conseil des États et directeur de l'économie et de l'emploi
du canton de Fribourg

Markus Jungo: La quote-part de l'Etat de Fribourg a toujours augmenté. L'Etat est le plus grand employeur du canton. D'un côté cela est certes positif. Qu'en pensez-vous en tant que politicien libéral et favorable à l'économie?

Beat Vonlanthen: En réalité si l'on compare le nombre d'emplois publics du canton de Fribourg par rapport à sa population, nous sommes en dessous de la moyenne nationale (57 pour 1 000

habitants FR/contre 63 en moyenne CH). Il ne faut pas oublier que nous sommes un canton universitaire et que nous avons un solde pendulaire négatif. Donc nous sommes plutôt sobres dans ce domaine en comparaison nationale. Cela dit, la population est très attachée à la qualité des services publics et cette qualité passe nécessairement par du personnel de qualité en quantité suffisante. Depuis 2009, nous sommes d'ailleurs systématiquement classés dans le trio de tête des meilleures administrations cantonales latines du comparatif MIS-Trend.

Rinaldo Jendly: Sie sind aktuell der Präsident der Konferenz Kantonalen Energiedirektoren. Was können Sie da bewirken? Was sind die dringlichsten Probleme? Müssen die Energiefragen nicht international angegangen werden? Fall Tschernobyl, der immer noch nicht gelöst ist?

Beat Vonlanthen: Als Erstes will ich festhalten, dass ich mein Amt als Präsident am 1. April 2016 (kein Aprilscherz!) an meinen Nachfolger, den Bündner Energiedirektor Mario Cavigelli, weitergegeben habe. Nach Verfassung ist die Zuständigkeit im Energiebereich zwischen dem Bund und den Kantonen aufgeteilt. So sind die Kantone insbesondere für den Gebäudebereich verantwortlich. Damit liegen über 50 % des landesweiten Gesamtenergieverbrauchs in der Kompetenz der Kantone. Demgegenüber ist der Bund für die internationale Ebene und namentlich für die Stromversorgung zuständig. Da aber gerade der Strommarkt einen starken Einfluss auf die Nutzung der Wasserkraft in der Schweiz hat, sind die Kantone besonders davon betroffen und bemühen sich darum, die Produktionskapazität der Wasserkraftwerke aufrechtzuerhalten. Schliesslich spielen diese eine wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit.

Unsere Konferenz der kantonalen Energiedirektoren bringt viele Dossiers voran und vermag vieles in Bewegung zu setzen. Ich denke da besonders an die Energieeffizienz im Gebäudebereich dank der Einführung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) oder des Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK). Unsere Konferenz unterstützt die Energiestrategie 2050 des Bundes, die namentlich den Ausstieg aus der Kernkraft vorsieht.



Markus Jungo

Partner, Dipl. Wirtschaftsprüfer
Partenaire, Expert-comptable dipl.



Rinaldo Jendly

Partner, Dipl. Treuhandexperte
Partenaire, Expert fiduciaire dipl.

Sehr geehrter Herr Dr. Vonlanthen, wir bedanken uns herzlich für dieses Interview.

Aktuell

Steffi Wolff

Schweizermeisterin

An den 10. Schweizermeisterschaften in der Sportart Iaido vom März 2016 in Pfäffikon/SZ hat unsere Mitarbeiterin Steffi Wolff (Team Monika Hasler Kunz, Bern), die Goldmedaille in der Kategorie «Mudan» gewonnen. Iaido (sprich: ii-ai-do) ist eine der vielen traditionellen japanischen Kampfkünste. Übersetzt bedeutet es sinngemäss «Weg des schnellen Schwertziehens».

Ist das Schwert scharf geschliffen?

Nein, mit meinem Erfahrungsstand wäre dies noch zu gefährlich. Echte Profis trainieren aber tatsächlich mit einer messerscharfen Klinge.

Wie bist Du zu dieser seltenen Sportart gekommen?

Es liegt wohl in der Familie. Mein Vater trainierte bereits Karate, mein Bruder und ich als Kinder Judo. Später habe ich dann Aikido ausprobiert und war vor allem von den Waffentechniken begeistert. Vor drei Jahren wollte ich schliesslich mein Holzschwert gegen ein echtes eintauschen und habe mich entschlossen, mit dem Iaido-Training anzufangen.



Findet ein «richtiger» Kampf statt?

Unsere Schnitt-Techniken können wir nur an dicken Bambusmatten testen (dann natürlich mit einem scharfen Schwert). Ansonsten werden die Techniken ohne Gegner geübt. Bei Wettkämpfen müssen vorgegebene Abläufe von Schnitt-, Schlag- und Blocktechniken, sogenannte Katas, vorgezeigt werden. Drei Kampfrichter entscheiden, welcher der beiden Kämpfer insgesamt besser war. Es zählt vor allem Präzision, das richtige Timing und dass man unter Druck keine technischen Fehler macht.

Was bringt Dir das Training?

In erster Linie einmal das Gleiche wie jede Form von Sport: Bewegung und anschliessend Entspannung. Iaido ist aber auch ein mentales Training. Man wird ruhig und konzentriert, vergisst für die Dauer des Trainings alles andere und fühlt sich danach körperlich erschöpft, aber geistig erholt. Nach einem Arbeitstag im Büro sind diese Verhältnisse ja oft genau umgekehrt – deshalb ist das Iaido für mich ein idealer Ausgleich zu meinem Beruf.

Gibt es nur eine Schweizermeisterin?

An der diesjährigen Schweizermeisterschaft gab es insgesamt sieben Kategorien und somit auch sieben Gewinner. Die Einteilung erfolgt danach, wie lange ein Iaidoka bereits trainiert. Ich bin zurzeit in der zweituntersten Kategorie (Mudan Verbandsgrad), es gibt also noch sehr viel Luft nach oben.

Liebe Steffi Wolff, wir gratulieren dir nochmals ganz herzlich zum Schweizermeistertitel!

Aktuell

Teamausflug

Martin Gyger, Bern

Am 14. Januar 2016 traf sich das Team von Martin Gyger im Val de Travers in der Nähe von Môtier mit dem Ziel die Grotte Cascade, eine der längsten Höhlen im Kanton Neuenburg, zu begehen.

Nach einem einfachen Einstieg in die Höhle gab es einen abwechslungsreichen Parcours durch die Gänge mit verschiedensten Grössen und Formen sowie einzelnen Kletterstellen, welche zu bewältigen waren. Im Inneren der Grotte wurde das Klettern und Kriechen schliesslich mit einem ausgiebigen Höhlenraclette belohnt.

Schlussendlich sorgten die beiden professionellen Höhlenführer dafür, dass auch der Ausstieg aus der Höhle problemlos und von allen gefunden wurde.

Wir durften einen spannenden Ausflug erleben, der uns für einen kurzen Moment vom geschäftlichen Alltag abschalten und uns etwas Kraft für die folgenden arbeitsintensiven Monate tanken liess.



Aktuell

Ausflug

Kart-Fahren

Am 22. März 2016 wurde von einem Mitarbeiter der CORE Treuhand Cotting ein Kart-Fahren organisiert. Eine Gruppe von sieben Personen folgte der Aufforderung.

Der Organisator hat aus gutem Grund das Rennen organisiert. Obschon er nicht kampfflos gewonnen hat, hat er dann eben doch knapp drei Hundertstel vor dem zweitplatzierten gewonnen. Auf dem Dritten und vierten Platz lieferten sich die beste Frau und der Berner Lehrling einen Kampf, welcher dann zugunsten des Lehrlings entschieden wurde, weil die viertplatzierte sich mit zu viel Geschwindigkeit gedreht hatte.

Zum Schluss bei der Siegerehrung gab es sogar noch Preise, welche der Organisator mitgebracht hatte. Alles in Allem eine tolle Idee. Danke Andreas für die Organisation.

Die Moral der Geschichte: Sichere Autofahrer sind auch auf der Kart-Bahn erkennbar.



CORE Inside

Wissen was läuft

Informations internes

Dienstjubiläen / Jubilé de service

15 Jahre / 15 ans

- > 01.01.2016: **Gilbert Cotting**, Team Rinaldo Jendly, Dürdingen
- > 12.03.2016: **Marianne Kramer**, Team Rinaldo Jendly, Dürdingen

Wir danken für die langjährige Treue und wünschen allen weiterhin viel Freude und Befriedigung bei ihrer Tätigkeit.

Beförderungen / Promotions

Per 01.01.2016 wurden als Prokuristen mit Kollektivprokura ernannt:

- > **Bächler Maria**, Team Beat Mauron, Dürdingen
- > **Negele Françoise**, Team Beat Mauron, Dürdingen
- > **Wüthrich Martina**, Team Martin Gyger, Bern
- > **Zbären Andreas**, Team Monika Hasler Kunz, Bern

Die Handlungsvollmacht haben erhalten:

- > Per 01.01.2016: **Wolff Steffi**, Team Monika Hasler Kunz, Bern
 - > Per 01.02.2016: **Meyer Sarah**, Team Rinaldo Jendly, Dürdingen
-

Neueintritt / Nouvel engagement

- > 01.06.2016 / Bern: **Jolanda Trosse**, Treuhänderin mit eidgenössischem Fachausweis, Team Spörri MAS Treuhand AG

Wir wünschen unserer neuen Mitarbeiterin viel Erfolg und Befriedigung bei ihrer Tätigkeit.

Hochzeit / Mariage

Hans Georg Spörri (Team Spörri MAS Treuhand AG, Bern) hat am 30. April 2016 geheiratet.

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen alles Gute für die gemeinsame Zukunft.

CORE Partner AG

Wenn es um die Zukunft geht, zählt Erfahrung.
Quand il s'agit d'avenir, l'expérience compte.

Düdingen

Chännelmattstrasse 9
Postfach 51
3186 Düdingen
T +41 26 492 78 78
F +41 26 492 78 79

Bern

Eigerstrasse 60
Postfach
3000 Bern 23
T +41 31 329 20 20
F +41 31 329 20 21

Fribourg

Route des Arsenaux 41
Postfach 270
1705 Fribourg
T +41 26 347 28 80
F +41 26 347 28 90

www.core-partner.ch

Treuhand Cotting AG, Cotting Revisions AG, Fiduciaire Revicor Consulting AG und Spörri MAS Treuhand AG
sind Unternehmen der CORE Partner AG